



Geschäftsführer:
Bernhard Krabiell

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirksverwaltung Leipzig-Nordsachsen, K.-Liebknecht-Str. 30,
04107 Leipzig

Telefon: 0341/216090
Telefax: 0341/2160990

Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	kr-kl
Durchwahl	0341/21609-11
Datum	3. Februar 2005

Pressemitteilung

Erste Umsetzung bestätigt Kritik an Hartz IV – ver.di fordert, dass die Betroffenen gehört werden

Der Bezirk Leipzig-Nordsachsen der Gewerkschaft ver.di macht sich für eine eigenständige Bilanz zur Einführung von Hartz IV stark. Die bisher bekannt gewordenen Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitslosen bestätigen voll und ganz die Kritik an diesem Gesetzeswerk.

Unverständlich ist deshalb die Äußerung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer auf dessen Pressekonferenz vergangene Woche in Berlin, dass sich die gewerkschaftlichen Versuche zur Verhinderung oder Veränderung der Hartz IV-Reform „erledigt“ hätten.

„Armut ist wieder zu einem Massenphänomen geworden. Ein Weg aus der Arbeitslosigkeit ist für viele nicht sichtbar“, erklärt ver.di-Bezirksgeschäftsführer Bernhard Krabiell. Die unter dem Motto „Fordern und Fördern“ von der Bundesregierung versprochenen verbesserten Bedingungen, wieder ein Einkommen zum Auskommen zu erreichen, sei für die Mehrzahl der Arbeitslosen nicht erkennbar.

Die ver.di-Vertreter kritisieren in diesem Zusammenhang die gemeinsame Erklärung von Sachsens DGB-Chef Hanjo Lucassen mit dem Präsidenten der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, Wolfgang Heinze, zu den „1,-Euro-Jobs“.

Diese als notwendig für den Test und die Verbesserung der „Arbeitsfähigkeit und –willigkeit“ von Alg II-Empfängern zu bezeichnen, bedeutet die Verantwortung für die Misere den Arbeitslosen aufzubürden, so Friedhelm Schutt, Bezirksvorsitzender von ver.di.

SEB AG Leipzig
Konto 143 100 9000
BLZ 86010111

„1,-Euro-Jobs“ bedrohen nicht nur reguläre Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt. Sie werden zum Teil dort eingesetzt, wo realer Bedarf an Arbeitskräften besteht. Es ist gerade die Aufgabe der Gewerkschaften, auf die Gefahr hinzuweisen.

„Wir Erwerbslose mit unseren Problemen müssen gehört werden“, fordert der Vorsitzende des ver.di-Erwerbslosenausschusses, Peter Heller. Dies gilt gerade auch für das Monitoring beim Bundeskanzler zu Hartz IV.

Ver.di Leipzig-Nordsachsen unterstützt die Demonstration zur SPD am 14. Februar 2005, um dort Kritik und Forderungen zu Hartz IV vorzutragen und Antworten der verantwortlichen Politiker einzufordern.